

1. Grundlagen, Recht

a) Personal(-abrechnung), (Sozial-)Versicherungen, Arbeitsrecht, Ausbildung

Aufgabe 1. 3. Wi17, III

Die Murks GmbH hat mit Ihnen einen Einzelarbeitsvertrag geschlossen. Welche der folgenden Aussagen ist in diesem Zusammenhang zutreffend?

Ein Einzelarbeitsvertrag ...

- 1 kann nur geschlossen werden, wenn für die Murks GmbH kein gültiger Tarifvertrag vorliegt.
- 2 kann nur mit Zustimmung der Gewerkschaft geschlossen werden.
- 3 ist ohne Urlaubsregelung ungültig.
- 4 ist gültig, wenn das vereinbarte Arbeitsentgelt über dem tarifvertraglich geregelten liegt.
- 5 darf für höchstens zwei Jahre geschlossen werden.

Aufgabe 2. 4. Wi 17, III

Einem Mitarbeiter der Murks GmbH wurde ohne Anhörung des Betriebsrates gekündigt. Welche der folgenden Aussagen entspricht dem Betriebsverfassungsgesetz?

Die Kündigung ...

- 1 ist wirksam, weil eine Zustimmung des Betriebsrates nicht vorgeschrieben ist.
- 2 ist wirksam, weil eine Anhörung des Betriebsrates nicht vorgeschrieben ist.
- 3 ist unwirksam, weil eine Anhörung des Betriebsrates zwingend vorgeschrieben ist,
- 4 ist durch eine nachträgliche Anhörung des Betriebsrates wirksam.
- 5 ist unwirksam, wenn das Arbeitsgericht nicht beteiligt wurde.

Aufgabe 3. 6. Wi 17, III

Einem Mitarbeiter der Murks GmbH wird nach bestandener Abschlussprüfung ein befristeter Arbeitsvertrag angeboten. Welche der folgenden Aussagen über befristete Arbeitsverträge ist richtig?

Befristete Arbeitsverträge ...

- 1 dürfen nur abgeschlossen werden, wenn Jugendliche nach der Ausbildung vom Ausbildungsbetrieb in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen,
- 2 enden mit Ablauf der Befristung, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- 3 dürfen nur mit arbeitslosen Bewerbern abgeschlossen werden.
- 4 dürfen nicht in einen unbefristeten Arbeitsvertrag umgewandelt werden.
- 5 mit einer Laufzeit über 12 Monate können ohne Urlaubs- und Lohnfortzahlungsansprüche abgeschlossen werden.

Aufgabe 4. 7. Wi 17, III

In der Murks GmbH sind Regelungen aus dem Arbeitsrecht zu beachten.

In welchem der folgenden Gesetze werden die nachstehenden Sachverhalte geregelt? Tragen Sie die Ziffer vor dem jeweils zutreffenden Gesetz in das Kästchen ein.

Gesetze

- 1 Kündigungsschutzgesetz
- 2 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- 3 Betriebsverfassungsgesetz
- 4 Arbeitszeitgesetz

Sachverhalte

- a) In einer Stellenanzeige der Murks GmbH steht, dass ein IT-Kaufmann gesucht wird.
- b) Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten.
- c) Eine betriebsbedingte Kündigung ist rechtsunwirksam, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist.
- d) Bei der Murks GmbH werden Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderungen bevorzugt.
- e) Die Murks GmbH informiert den Betriebsrat über die geplante Schließung einer Filiale.

Aufgabe 5. 13. Wi 17, III

In der Murks GmbH sind zwei Drittel der Mitarbeiter Mitglied einer Gewerkschaft und an die absolute Friedenspflicht gebunden. Welche der folgenden Angaben trifft auf die im Tarifrecht genannte absolute Friedenspflicht zu?

- 1 Erzeugung eines guten Betriebsklimas
- 2 Verbot eines Arbeitskampfes während eines geltenden Tarifvertrages
- 3 Vermeidung von Auseinandersetzungen vor dem Arbeitsgericht
- 4 Einhaltung des Kündigungsschutzes für Betriebsratsmitglieder
- 5 Konstruktive Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Aufgabe 6. 14. Wi 17, III

Die Murks GmbH ist tarifgebunden und schließt Arbeitsverträge auf der Grundlage des aktuellen Tarifvertrags. Welche der folgenden Aussagen treffen auf einen Tarifvertrag zu? (2)

Ein Tarifvertrag ...

- 1 kommt durch freie Vereinbarung der Tarifpartner zustande.
- 2 bedarf der Genehmigung eines staatlich bestellten Schlichters.
- 3 schließt günstigere Betriebsvereinbarungen nicht aus.
- 4 darf nur für gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer angewendet werden.
- 5 darf eine Laufzeit von höchstens drei Jahren haben.
- 6 gibt Höchstgrenzen für Löhne und Gehälter an.

Aufgabe 7. 15. Wi 17, III

Eine Auszubildende der Murks GmbH will einen Teil ihrer Berufsausbildung im Ausland durchführen. In diesem Zusammenhang wurde sie auf den Dienst *Europass* hingewiesen. Welche der folgenden Aussagen zum Dienst Europass ist zutreffend?

- 1 Europass ist ein kostenpflichtiger Dienst.
- 2 Der Dienst Europass unterstützt Auszubildende, erworbene Qualifikationen, Fähigkeiten und Kompetenzen bei Bewerbungen europaweit verständlich darzustellen.
- 3 Der Dienst Europass beglaubigt Ausbildungsabschnitte von Auszubildenden, die im europäischen Ausland durchgeführt wurden, im „Europass-Mobilität“
- 4 Der vom Dienst Europass ausgestellte „Europass-Mobilität“ ist für eine Berufsausbildung im europäischen Ausland verpflichtend.
- 5 Der Dienst Europass zertifiziert Fremdsprachenkenntnisse im „Europass-Sprachkenntnisse“.

Aufgabe 8. 17. Wi 17, III

Ein Mitarbeiter der Murks GmbH erkrankt während seines Urlaubs. Welche der folgenden Aussagen trifft auf diesen Sachverhalt zu?

- 1 Die Tage der Arbeitsunfähigkeit werden zur Hälfte auf den Jahresurlaub angerechnet.
- 2 Die Tage der Arbeitsunfähigkeit werden voll auf den Jahresurlaub angerechnet.
- 3 Die ärztlich nachgewiesenen Tage der Arbeitsunfähigkeit werden nicht auf den Jahresurlaub angerechnet.
- 4 Die Arbeitsunfähigkeit wird nur dann angerechnet, wenn die Erkrankung in Deutschland auftrat.
- 5 Die Tage der Arbeitsunfähigkeit werden nur bei Krankenhausaufenthalt nicht angerechnet.

Aufgabe 9. 3. So17, III

Für die Entwicklung des neuen Geschäftsfeldes Clouddienste plant die E GmbH die Einstellung von Mitarbeitern.

In den Arbeitsverträgen der neuen Mitarbeiter soll eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden vereinbart werden. Die E GmbH arbeitet fünf Tage in der Woche von Montag bis Freitag. Welche der folgenden Aussage zur regelmäßigen täglichen Arbeitszeit trifft zu?

Die Vereinbarung ...

- 1 ist zulässig, wenn sie tarifvertraglich vereinbart wurde.
- 2 ist zulässig, wenn der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung eine entsprechende Betriebsvereinbarung abschließt.
- 3 ist zulässig, weil die tägliche Arbeitszeit keiner gesetzlichen Beschränkung unterliegt.
- 4 ist zulässig, weil in der E GmbH samstags nicht gearbeitet wird.
- 5 ist nicht zulässig, weil laut Arbeitszeitgesetz eine zehnstündige tägliche Arbeitszeit nur in Ausnahmefällen erlaubt ist.

Aufgabe 10. 4. So17, III

Für die neuen Mitarbeiter soll in den Arbeitsverträgen eine Probezeit von sechs Monaten vereinbart werden. Welche der folgenden Aussagen trifft auf die vereinbarte Probezeit zu?

- 1 Der Arbeitgeber kann das Arbeitsverhältnis während der Probezeit nicht kündigen.
- 2 Das Arbeitsverhältnis kann während der Probezeit mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden.
- 3 Der Arbeitgeber kann das Arbeitsverhältnis nur aus wichtigem Grund kündigen.
- 4 Während der Probezeit kann nur der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis kündigen.
- 5 Die Probezeit darf maximal drei Monate betragen.

Aufgabe 11. 8. So17, III

Der Betriebsrat der E GmbH lädt zur vierteljährlichen Betriebsversammlung ein.

Weicher der folgenden Personenkreise ist berechtigt, an der Betriebsversammlung teilzunehmen?

- 1 Nur die gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter
- 2 Nur die Betriebsratsmitglieder und die Gewerkschaftsvertreter
- 3 Nur die Vollzeitmitarbeiter und die Führungskräfte
- 4 Nur die Vollzeitmitarbeiter und die Auszubildenden
- 5 Alle Arbeitnehmer des Unternehmens

Kompendium Wirtschafts- und Soziakunde**Aufgabe 12.** 9. So17, III

In Tarifverhandlungen wird zwischen Lohn- und Gehaltstarifvertrag und dem Manteltarifvertrag unterschieden. Welche der folgenden Regelungen wird im Manteltarifvertrag vereinbart?

- 1 Urlaubstage
- 2 Gleitzeitregelung
- 3 Gehaltssätze für die einzelnen Gehaltsgruppen
- 4 Ausbildungsvergütung
- 5 Sonderleistungen

Aufgabe 13. 11. So17, III

Die Mitarbeiter der E GmbH sind in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) pflichtversichert. Welche der folgenden Aussagen trifft auf die gesetzliche Krankenversicherung zu?

- 1 Die Versicherungspflichtgrenze gibt an, ab welchem Jahresbruttoentgelt ein Arbeitnehmer in der GKV versichert sein muss.
- 2 Ein Wechsel der Krankenkasse ist nur mit Zustimmung des Arbeitgebers möglich.
- 3 Der Beitragssatz wird vom Bundesministerium für Gesundheit festgelegt.
- 4 Der Beitrag wird vom Nettolohn berechnet.
- 5 Auf den Teil des Bruttolohns, der die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, wird kein Beitrag erhoben.

Aufgabe 14. 14. So17, III

Zwei 25-jährige Mitarbeiter der E GmbH diskutieren in der Mittagspause über die Möglichkeiten der gesetzlichen Rentenversicherung und die Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge. Welches der folgenden Argumente trifft zu?

- 1 Eine private Altersvorsorge ist nicht notwendig, weil die gesetzliche Rentenversicherung auf jeden Fall ausreichen wird.
- 2 Der demografische Wandel sorgt auch in Zukunft für genug Beitragszahler, weshalb das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung steigt.
- 3 Eine private Altersvorsorge ist sinnvoll, weil das Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung sinken wird.
- 4 Eine private Altersvorsorge lohnt sich nicht, weil das Zinsniveau zu niedrig ist.
- 5 Eine private Altersvorsorge ist nur notwendig, wenn die Inflationsrate steigt.

Aufgabe 15. 3. Wi16, III

Die S IT GmbH hat mit der Informatikkauffrau Petra Müller einen Einzelarbeitsvertrag geschlossen. Im Arbeitsvertrag wurde keine Regelung über den Urlaubsanspruch von Frau Müller getroffen. Die Summer IT GmbH ist nicht tarifgebunden.

Welche der folgenden Aussagen über den Urlaubsanspruch von Frau Müller trifft zu?

1. Der Arbeitsvertrag ist nichtig.
2. Der Mindesturlaubsanspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz beträgt 24 Werkstage.
3. Der Urlaubsanspruch muss zwischen Frau Müller und der Summer IT GmbH jedes Jahr neu verhandelt werden.
4. Der Arbeitsvertrag ist nur gültig, wenn Frau Müller mindestens 30 Werkstage Urlaub gewährt werden.
5. Es gilt der durchschnittliche Urlaubsanspruch der Tarifverträge der Branche.

Aufgabe 16. 7. Wi16, III

Die S IT GmbH und die Arbeitnehmer sind mit Arbeitsverträgen Pflichten eingegangen. In welchem der folgenden Fälle wird in der Summer IT GmbH gegen die Pflichten aus dem Arbeitsvertrag verstößen?

1. Ein Mitarbeiter der Summer IT GmbH erhält beim Ausscheiden aus der Summer IT GmbH ein einfaches Zeugnis.
2. Ein Mitarbeiter der Summer IT GmbH übt ohne Kenntnis des Arbeitgebers eine Nebentätigkeit im gleichen Geschäftszweig aus.
3. Die Summer IT GmbH meldet einen neuen Arbeitnehmer drei Tage nach Arbeitsbeginn zur Sozialversicherung an.
4. Die Summer IT GmbH hat aus betrieblichen Gründen im Monat Mai eine Urlaubssperre verhängt.
5. Die Summer IT GmbH schließt aus Kostengründen die Werkskantine.

Aufgabe 17. 17. Wi16, III

Einige Lebensrisiken werden über die deutsche Sozialversicherung finanziell abgesichert. Welche der folgenden Risiken werden von einer gesetzlichen Sozialversicherung gedeckt? (2)

1. Privatinsolvenz
2. Diebstahl
3. Wegeunfall
4. Arbeitslosigkeit
5. Anklage
6. Unfallschaden des PKW

Aufgabe 18. 18. Wi16, III

Private Versicherungen werden zusätzlich zur gesetzlichen Sozialversicherung oder anstatt der gesetzlichen Sozialversicherung abgeschlossen.

Welche der folgenden Aussagen trifft auf die private Krankenversicherung zu?

Die private Krankenversicherung...

1. ist für Arbeitnehmer gesetzlich vorgeschrieben, deren Gehalt oberhalb einer Bemessungsgrenze liegt.
2. muss laut Gesetz vom Arbeitgeber für die Mitarbeiter abgeschlossen und bezahlt werden.
3. zahlt die Versicherungsleistung in vielen Fällen erst nach Vertragsablauf an den Versicherungsnehmer aus.
4. kann von Arbeitnehmern mit einem Gehalt oberhalb der Versicherungspflichtgrenze anstatt der entsprechenden gesetzlichen Versicherung abgeschlossen werden.
5. ist für Arbeitnehmer mit langen Anfahrtswegen zur Arbeit gesetzlich vorgeschrieben.

Aufgabe 19. 3. So16, III

Die E GmbH schließt mit der Bewerberin Bauer einen unbefristeten Arbeitsvertrag auf der Grundlage des aktuellen Tarifvertrages. Die E GmbH ist an einen Tarifvertrag gebunden. Welche der folgenden Aussagen trifft auf einen Tarifvertrag zu?

- 1 Im Arbeitsvertrag darf für die Einarbeitungsphase ein Entgelt festgelegt werden, das unter dem Entgelt im Tarifvertrag liegt.
- 2 Der Tarifvertrag muss vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestätigt werden.
- 3 Der Tarifvertrag kommt durch freie Vereinbarung der Tarifvertragspartner zustande.
- 4 Der Tarifvertrag darf von keinem Vertragspartner ordentlich gekündigt werden.
- 5 Die tarifvertraglichen Regelungen dürfen nur auf gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer der E GmbH angewendet werden.

Aufgabe 20. 4. So16, III

Die Mitarbeiterin der E GmbH, Bauer, ist erstmalig erkrankt und langfristig arbeitsunfähig. Wie viele Wochen muss die E GmbH den Lohn gemäß dem Entgeltfortzahlungsgesetz weiterzahlen?

Aufgabe 21. 5. So16, III

Im Zuge einer Umstrukturierung will die E GmbH den Arbeitsvertrag mit einem Mitarbeiter zum 31.01.2017 fristgerecht kündigen. Der Mitarbeiter ist 45 Jahre alt und seit dem 1. Februar 2010 bei der E GmbH beschäftigt.

Ermitteln Sie das Datum, an dem die Kündigung zum 31. Januar 2017 dem Mitarbeiter spätestens zugegangen sein muss, damit die Kündigung wirksam ist.

September 2016							Oktober 2016							November 2016							Dezember 2016															
KW	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	KW	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	KW	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	KW	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So					
35						1	2	3	4	39						1	2	44		1	2	3	4	5	6	48				1	2	3	4			
36	5	6	7	8	9	10	11	12	40	3	4	5	6	7	8	9	45	7	8	9	10	11	12	13	49	5	6	7	8	9	10	11				
37	12	13	14	15	16	17	18	19	41	10	11	12	13	14	15	16	46	14	15	16	17	18	19	20	50	12	13	14	15	16	17	18				
38	19	20	21	22	23	24	25	26	42	17	18	19	20	21	22	23	47	21	22	23	24	25	26	27	51	19	20	21	22	23	24	25				
39	26	27	28	29	30				43	24	25	26	27	28	29	30	48	28	29	30					52	26	27	28	29	30	31					
									44	31																										
Januar 2017																																				
KW	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So																													
52																																				
1	2	3	4	5	6	7	8																													
2	9	10	11	12	13	14	15																													
3	16	17	18	19	20	21	22																													
4	23	24	25	26	27	28	29	29																												
5	30	31																																		

Tragen Sie das ermittelte Datum in die Kästchen ein.(vgl. Auszug BGB unten)

Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB)

§ 622 Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen

(1) Das Arbeitsverhältnis eines Arbeiters oder eines Angestellten (Arbeitnehmers) kann mit einer Frist von vier Wochen zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(2) Für eine Kündigung durch den Arbeitgeber beträgt die Kündigungsfrist, wenn das Arbeitsverhältnis in dem Betrieb oder Unternehmen

1. zwei Jahre bestanden hat, einen Monat zum Ende eines Kalendermonats,
2. fünf Jahre bestanden hat, zwei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
3. acht Jahre bestanden hat, drei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
4. zehn Jahre bestanden hat, vier Monate zum Ende eines Kalendermonats,
5. zwölf Jahre bestanden hat, fünf Monate zum Ende eines Kalendermonats,
6. 15 Jahre bestanden hat, sechs Monate zum Ende eines Kalendermonats,
7. 20 Jahre bestanden hat, sieben Monate zum Ende eines Kalendermonats.

Aufgabe 22. 7. So16, III

In der IT Solutions GmbH, einer Kundin der E GmbH, haben der Arbeitgeber und der Betriebsrat einen Sozialplan ausgearbeitet. In welchem der folgenden Fälle ist ein Sozialplan auszuarbeiten?

- 1 Aussperrung
- 2 Betriebserweiterung
- 3 Massenentlassungen
- 4 Einführung von Sozialmaßnahmen
- 5 Kurzarbeit

Aufgabe 23. 8. So16, III

In der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland werden die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerverbände als Sozialpartner bezeichnet. Welches der folgenden Rechte steht den beiden Sozialpartnern zu?

- 1 Festlegung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung
- 2 Abschluss von Tarifverträgen
- 3 Verkürzung der Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen
- 4 Verkürzung des Mindesturlaubes
- 5 Erlass von Prüfungsordnungen für anerkannte Ausbildungsberufe

Aufgabe 24. 11. So16, III

Im Rahmen der Tarifverhandlungen wird zwischen Lohn- und Gehaltstarif und dem normalerweise längerfristig geltenden Manteltarif unterschieden. Welcher der folgenden Inhalte wird typischerweise in einem Lohn- und Gehaltstarif geregelt?

- 1 Kündigungsfristen
- 2 Tägliche und wöchentliche Arbeitszeit
- 3 Urlaubstage
- 4 Gehaltssätze für die einzelnen Gehaltsgruppen
- 5 Sonderleistungen

Aufgabe 25. 13. So16, III

Die Auszubildende Bauer möchte wissen, welche Risiken von der gesetzlichen Sozialversicherung gedeckt werden. Ordnen Sie die folgenden Fälle den nachstehenden Sozialversicherungszweigen zu.

Fälle

- 1 Die Mitarbeiterin Peters rutscht im Lager aus und verstaucht sich den Fuß.
- 2 Der Mitarbeiter Müller geht wegen einer Grippeerkrankung zu seinem Arzt.
- 3 Dem Mitarbeiter Klein wurde wegen Auftragsmangel zum 1. Juli 2016 gekündigt.
- 4 Die Assistentin der Geschäftsleitung scheidet zum 1. Juli 2016 mit Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Berufsleben aus.
- 5 Die an Demenz erkrankte Großmutter der Stefanie Meyer benötigt eine häusliche Pflegekraft.

Sozialversicherungszweige

- a) Rentenversicherung
- b) Krankenversicherung
- c) Arbeitslosenversicherung
- d) Pflegeversicherung
- e) Gesetzliche Unfallversicherung

Aufgabe 26. 12. Wi15, III

Die Mitarbeiterin Ute Poff möchte wissen, wie hoch ihr Beitrag zur Krankenversicherung ist.

Folgende Daten liegen vor:

Monatliches Bruttogehalt: 3.000,00 EUR

Allgemeiner Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenkasse: 14,6 %

Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkasse: 0,9 %

Berechnen Sie den Arbeitnehmerbeitrag zur Krankenversicherung in EUR.

Kompendium Wirtschafts- und Sozialkunde**Aufgabe 27.** 13. Wi15, III

Die SC AG ist gesetzlich verpflichtet, für die Mitarbeiter Einkommensteuer abzuführen. Welche der folgenden Aussagen trifft auf die Einkommensteuer zu?

- 1 Ledige Mitarbeiter werden der Steuerklasse I zugeordnet.
- 2 Die Einkommensteuer wird unabhängig vom Familienstand berechnet.
- 3 Auszubildende sind nicht einkommensteuerpflichtig.
- 4 Die Einkommensteuersätze sind in jedem Bundesland unterschiedlich.
- 5 Die Einkommensteuer steht ausschließlich den Kommunen zu.

Aufgabe 28. 14. Wi15, III

Eine Mitarbeiterin der SC AG wird in Kürze Mutter.

Welcher der folgenden Sachverhalte stimmt mit dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) überein?

- 1 Elternzeit kann nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Arbeitgeber zustimmt.
- 2 Elternzeit kann nur von Müttern in Anspruch genommen werden.
- 3 Elternzeit kann entweder nur vom Vater oder nur von der Mutter in Anspruch genommen werden.
- 4 Das Elterngeld ist in der Höhe begrenzt.
- 5 Elterngeld wird einheitlich und einkommensunabhängig gewährt.

Aufgabe 29. 5. So15, III

Die KryptonuitGmbH ist Mitglied eines Arbeitgeberverbandes. Welche der folgenden Aussagen trifft auf Arbeitgeberverbände zu? (1) Arbeitgeberverbände ...

- 1 können Gesetze im Wirtschaftsrecht erlassen.
- 2 setzen sich für ein stärker regulierendes Arbeitsrecht ein.
- 3 setzen die Einhaltung der Tarifverträge bei allen Unternehmen einer Branche durch.
- 4 vertreten ihre Mitglieder in sozial- und arbeitsrechtlichen Belangen.
- 5 nehmen nur Unternehmen mit Betriebsräten als Mitglieder auf.

Aufgabe 30. 6. So15, III

Viele Mitarbeiter der KryptonuitGmbH sind Mitglied einer Gewerkschaft. Welche der folgenden Aussagen trifft auf Gewerkschaften zu? Die Gewerkschaften ...

- 1 sind dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstellt.
- 2 stellen für die Betriebsräte in Mitgliedsunternehmen eigenes Personal ab.
- 3 besitzen das Recht, Arbeitsbedingungen in einem Tarifvertrag zu regeln.
- 4 setzen sich für eine Liberalisierung des Arbeitsrechts ein.
- 5 dürfen nur dann Arbeitskampfmaßnahmen durchführen, wenn sie den zu erwartenden Lohnausfall und Gewinnverlust aus ihren Streikkassen (Streikkassen) ausgleichen können.

Aufgabe 31. 9. So15, III

Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist die Tarifautonomie gesetzlich festgeschrieben. Welche der folgenden Aussagen treffen auf die Tarifautonomie zu? (2) Die Tarifautonomie ...

- 1 ist ein im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) verankertes Recht.
- 2 gibt den Vertragsparteien das Recht, unabhängig von staatlicher Einflussnahme die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu regeln.
- 3 gibt den Vertragsparteien das Recht, unter staatlicher Beteiligung Vereinbarungen zu treffen.
- 4 ist individuelles Arbeitsrecht zur Regelung der Beziehungen zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer.
- 5 gibt den Vertragsparteien das Recht zu Vereinbarungen, die von den Vertragspartnern nicht zu Ungunsten der Arbeitnehmer abgeändert werden dürfen.
- 6 gibt den Vertragsparteien das Recht zu Regelungen, die schlechter sind als die in Gesetzen genannten.

Aufgabe 32. 10. So15, III

Die Arbeitnehmer der KryptonuitGmbH wollen sich weiterbilden. Welche der folgenden Aussagen zur Weiterbildung ist zutreffend?

- 1 Sie wird nur bis zum fünfundfünzigsten Lebensjahr staatlich gefördert, da bei älteren Arbeitnehmern eine Weiterbildung unrentabel ist.
- 2 Sie ist für Arbeitnehmer grundsätzlich kostenfrei, weil entweder das Unternehmen oder der Staat aus einem Bildungsfonds den Lohnausfall und die Weiterbildungskosten erstattet.
- 3 Sie kann nur außerbetrieblich in Einrichtungen zertifizierter Bildungsträger erfolgen.
- 4 Sie muss immer als Aufstiegsfortbildung mit einer Abschlussprüfung vor der Industrie- und Handelskammer angelegt sein.
- 5 Sie erfolgt zur Vertiefung und Erweiterung von Kenntnissen und Fertigkeiten.

Aufgabe 33. 11. So15, III

Eine Mitarbeiterin der KryptonuitGmbH ist arbeitsunfähig, weil sie am Vortag auf dem direkten Weg zur Arbeit bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt wurde.

Welche der folgenden Aussagen ist in diesem Zusammenhang zutreffend?

Die KryptonuitGmbH ...

- 1 muss den Unfall der Krankenversicherung der Mitarbeiterin melden.
- 2 darf die Gehaltszahlung ab dem ersten Krankheitstag einstellen.
- 3 darf den Urlaubsanspruch der Mitarbeiterin kürzen.
- 4 muss den Unfall der Gewerbeaufsichtsbehörde melden.
- 5 muss den Unfall der Berufsgenossenschaft melden.

Aufgabe 34. 2. So15, III

In der KryptonuitGmbH muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) beachtet werden. In welchem der folgenden Fälle erfolgt eine Diskriminierung im Sinne des AGG?

Die KryptonuitGmbH ...

- 1 führt Englisch als Unternehmenssprache ein.
- 2 will den Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen und ermutigt in Stellenanzeigen besonders Frauen, sich auf die entsprechenden Stellen zu bewerben.
- 3 richtet einen Aufzug in die erste Etage des Bürogebäudes ein, der nur von körperlich behinderten Mitarbeitern benutzt werden darf. Die übrigen Mitarbeiter müssen die Treppe benutzen.
- 4 bietet älteren Mitarbeitern ab dem 55. Lebensjahr Altersteilzeitverträge an.
- 5 will einen guten Personalmix erreichen und fordert daher in Stellenausschreibungen von den Bewerbern bestimmte Merkmale wie Geschlecht oder Alter ein.

Kompendium Wirtschafts- und Sozialkunde**Aufgabe 35.** 25. So15, III

Arbeitnehmer treffen Maßnahmen zur persönlichen Existenzsicherung.

Welche der folgenden Maßnahmen ist zur persönlichen Existenzsicherung geeignet?

- 1 Kauf eines Sportwagens auf Kredit zur eigenen Nutzung
- 2 Abschluss einer Versicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit
- 3 Abschluss eines Ratenkaufvertrags aufgrund fehlender Liquidität
- 4 Abschluss einer Risikolebensversicherung zur Absicherung von Krediten
- 5 Abschluss einer privaten Zusatzkrankenversicherung

Aufgabe 36. 6. Wi14, III

In der ELSTA GmbH soll eine Stelle befristet für ein Jahr besetzt werden.

Welche der folgenden Konsequenzen ergeben sich für das Unternehmen aus der Befristung? (2)

Die ELSTA GmbH ...

1. muss den Arbeitsvertrag nicht kündigen, da er nur für ein Jahr gilt.
2. muss den Arbeitsvertrag zum Ablauf der Vertragszeit kündigen, da sonst ein unbefristeter Arbeitsvertrag entsteht.
3. kann den Arbeitsvertrag vor Ablauf des Jahres nicht kündigen.
4. kann den Arbeitsvertrag nicht verlängern.
5. kann den Arbeitsvertrag nach dem Jahr für ein weiteres Jahr verlängern.
6. ist an keine tariflichen Vereinbarungen gebunden.

Aufgabe 37. 16. Wi14, III

Der 22-jährige Auszubildende der ELSTA GmbH, Max Wild, hat nach bestandener Abschlussprüfung keine Anstellung gefunden. Welche der folgenden Aussagen trifft auf diesen Sachverhalt zu?

Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld I ...

1. besteht nicht, da für junge Erwachsene unter 25 Jahre noch Transferleistungen (z. B. Kindergeld) gezahlt werden und daher die Eltern für die Versorgung des Kindes aufkommen müssen.
2. besteht, weil bereits während einer Ausbildung Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet werden.
3. besteht nicht, weil Ausbildung keine Arbeit ist und daher auch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingezahlt wurden.
4. besteht nicht, solange die Arbeitsagentur Vermittlungsbemühungen unternimmt.
5. besteht nicht, weil ein Ausbildungsvertrag trotz Beitragzahlung einer geringfügig entlohten Beschäftigung ohne Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen entspricht.

Aufgabe 38. 17. Wi14, III

Für die Angestellte Petra Ziegler müssen Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt werden.

In welcher Zeile (1 bis 5) der folgenden Tabelle ist die Aufteilung der Sozialversicherungsbeiträge zwischen der ELSTA GmbH und Frau Ziegler richtig wiedergegeben?

	Versicherung	ELSTA GmbH	P. Ziegler
1	Unfallversicherung	100 %	
2	Krankenversicherung	30 %	70 %
3	Krankenversicherung	50 %	50 %
	Rentenversicherung		100 %
5	Arbeitslosenversicherung	100 %	

Aufgabe 39. 20. Wi14, III

Die Geschäftsleitung der ELSTA GmbH will die Potenziale der Auszubildenden analysieren.

Welche der folgenden Aussagen zur Potenzialanalyse ist richtig?

Die Potenzialanalyse ...

1. darf nicht in der Probezeit durchgeführt werden.
2. dient zur Erfassung von Stärken und Schwächen der Auszubildenden.
3. dient zur Erfassung der finanziellen Möglichkeiten der Auszubildenden.
4. darf nur von einem Sachverständigen der Berufsgenossenschaft durchgeführt werden.
5. muss laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) regelmäßig durchgeführt werden

Aufgabe 40. 6. So14, III

Die E. GmbH möchte ihre Belegschaft durch zusätzliche Einstellungen vergrößern. Bei der Einstellung von Personal ist das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)" zu berücksichtigen.

§ 1 Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist es, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Welche der folgenden Sachverhalte stehen im Einklang mit dem „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz"? (2)

1. Bei der Auswahl des Personals werden Frauen bevorzugt
2. Im Vorstellungsgespräch werden bewusst Fragen zur Religion und sexuellen Identität gestellt, damit eine bessere Integration in das Unternehmen gelingen kann.
3. Vor der Sichtung der Bewerbungsunterlagen werden Name und Alter der Bewerberinnen und Bewerber unkenntlich gemacht.
4. Bei der Auswahl des Personals werden ausschließlich die Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber als Auswahlkriterium zugrunde gelegt.
5. Bei der Auswahl des Personals werden Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderungen bevorzugt.
6. Bewerberinnen und Bewerber, die älter als 50 Jahre sind, bekommen bei gleicher Qualifikation einen Altersbonus.
7. Bewerberinnen und Bewerber, die eine liberale Weltanschauung vertreten, werden bevorzugt behandelt.

Aufgabe 41. 7. So14, III

J. Hein möchte von Ihnen über die Jugend- und Auszubildendenvertretung informiert werden. In der E. GmbH sind folgende Mitarbeiter/innen beschäftigt:

35 Kaufmännische Mitarbeiter/-innen (alle volljährig)

85 Technische Mitarbeiter/-innen (3 minderjährig, 82 volljährig)

20 Auszubildende (6 minderjährig, 12 volljährig unter 25 Jahre, 2 volljährig über 25 Jahre)

Erklären Sie Frau Hein anhand des abgebildeten Gesetzesauszuges, wie viele Personen bei der Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt sind.

§ 60 Errichtung und Aufgaben

(1) In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf Arbeitnehmern, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (jugendliche Arbeitnehmer) oder die zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden Jugend- und Auszubildendenvertretungen gewählt.

(2) Die Jugend- und Auszubildendenvertretung nimmt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften die besonderen Belange der in Absatz 1 genannten Arbeitnehmer wahr.

§ 61 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

(1) Wahlberechtigt sind alle in § 60 Abs. 1 genannten Arbeitnehmer des Betriebs.

(2) Wählbar sind alle Arbeitnehmer des Betriebs, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;

§ 8 Abs. 1 Satz 3 findet Anwendung. Mitglieder des Betriebsrats können nicht zu Jugend- und Auszubildendenvertretern gewählt werden.

Aufgabe 42. 8. So14, III

Sie sollen anhand eines Beispiels eine Tarifverhandlung erläutern. Dazu liegen Ihnen Zeitungsartikel mit folgenden Überschriften vor. Ordnen Sie die in den Überschriften genannten Ereignisse in zeitlicher Reihenfolge.

Tragen Sie für die erste Überschrift die Ziffer 1, für die zweite Überschrift die Ziffer 2 usw. in die entsprechenden Kästchen ein.

a) Nach zähen Verhandlungen 2,5 Prozent Lohnerhöhung

b) Urabstimmung: ab Montag Streik!

c) Erste Tarifverhandlungen

d) Gewerkschaft kündigt Gehaltstarifvertrag

e) Schlichtung gescheitert. Arbeitgeber lehnen Einigungsvorschlag ab!

f) Gewerkschaft erklärt Verhandlungen für gescheitert.

Aufgabe 43. 9. So14, III

In der E. GmbH sind folgende Sachverhalte durch betriebliche und tarifliche Vereinbarungen geregelt.

Welcher der folgenden Sachverhalte wird durch eine Betriebsvereinbarung geregelt?

1. Höhe des Urlaubsgeldes
2. Höhe der Ausbildungsvergütung
3. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit
4. Anzahl der Urlaubstage
5. Höhe der Arbeitsentgelte nach Gehaltsgruppen

Aufgabe 44. 10. So14, III

Die Geschäftsleitung der E. GmbH arbeitet vertrauensvoll mit dem Betriebsrat zusammen. In welchen der folgenden Angelegenheiten hat der Betriebsrat laut Betriebsverfassungsgesetz ein Mitbestimmungsrecht? (3)

1. Einführung eines Personalbeurteilungssystems
2. Planung des Personalbedarfs
3. Erstellung eines Sozialplans
4. Einführung neuer Arbeitsverfahren
5. Errichten einer neuen Lagerhalle
6. Gründung einer Filiale
7. Umwandlung der Rechtsform
8. Erstellung des Urlaubsplans

Aufgabe 45. 13. So14, III

Sie informieren sich über die gesetzliche Krankenversicherung (GKV).

Welche der folgenden Aussagen trifft auf die gesetzliche Krankenversicherung zu?

1. Die Versicherungspflichtgrenze gibt an, ab welchem Jahresbruttoentgelt ein Arbeitnehmer in der GKV versichert sein muss.
2. Ein Wechsel der Krankenkasse ist nur mit Zustimmung des Arbeitgebers möglich.
3. Der Beitragssatz wird vom Bundesministerium für Gesundheit festgelegt.
4. Der Beitrag wird vom Nettolohn berechnet.
5. Auf den Teil des Bruttolohns, der die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, wird kein Beitrag erhoben.

Aufgabe 46. 15. So14, III

Subsidiarität und Solidarität sind gesellschaftspolitische Prinzipien, die in der Bundesrepublik Deutschland angewendet werden. Welcher der folgenden Sachverhalte entspricht dem Prinzip der Solidarität?

1. Aufgrund von Gleichbehandlungsgrundsätzen streicht der Staat Transferleistungen.
2. Die Steuern auf private Renten werden gesenkt.
3. Die Erbschaftssteuer wird gesenkt.
4. Eine Berufsfachschülerin ist beitragsfrei bei ihren Eltern in der Kranken- und Pflegeversicherung mitversichert.
5. Der Staat gestattet Bürgern, die über mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens verfügen, einen Teil des Einkommens steuerfrei im Ausland zu hinterlegen.

Aufgabe 47. 16. So14, III

In der E. GmbH besteht ein Betriebsrat. Welche der folgenden Maßnahmen lässt sich ohne Beteiligung des Betriebsrates in der E. GmbH realisieren?

1. Stilllegung einiger Produktionszweige und entsprechende Reduzierung der Belegschaft
2. Bessere Auslastung der Maschinen durch flexiblere Arbeitsregelungen
3. Betriebsbedingte Kündigungen
4. Einführung von Schichtarbeit
5. Minderung der Provisionssätze für Handelsvertreter

Aufgabe 48. 1. So14, III

Die Mitarbeiterin Christina Kraft, seit 16 Jahren im Betrieb, hat sich für eine Stelle in der Verkaufsabteilung beworben. Um ihre Chancen einschätzen zu können, möchte sie Einsicht in ihre Personalakte nehmen.

Welche der folgenden Aussagen zur Einsichtnahme in die eigene Personalakte ist zutreffend?

Frau Kraft ...

1. hat grundsätzlich keinen Anspruch auf Einsichtnahme.
2. hat nur dann einen Anspruch auf Einsichtnahme, wenn sie ein begründetes Interesse nachweist.
3. darf einmal pro Jahr nur unter Aufsicht eines Vertreters des Betriebsrates Einsicht nehmen.
4. darf nur eingeschränkt in ihre Personalakte einsehen, um ihre Stammdaten (Adresse, Steuerklasse, Steuerfreibeträge) auf Aktualität zu prüfen. Alle weiteren Aufzeichnungen dürfen vom Arbeitgeber aus datenrechtlichen Gründen nicht zugänglich gemacht werden.
5. hat das Recht auf uneingeschränkte Einsichtnahme.

Aufgabe 49. 2. So14, III

Bei der Überprüfung von Personalunterlagen stellt die Personalleiterin fest, dass von den nachstehend aufgeführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Person einen besonderen Kündigungsschutz genießt, weil sie zu einer bestimmten Arbeitnehmergruppe gehört. Welche der folgenden Personen genießt einen besonderen Kündigungsschutz?

1. Fritz R., ehemaliges Betriebsratsmitglied, vor zwei Jahren aus dem Amt als Betriebsrat ausgeschieden
2. Elke Lüdenscheidt, 58 Jahre, Witwe, 23 Monate Betriebszugehörigkeit
3. Christian M., 39 Jahre, von der E GmbH bestellter Sicherheitsbeauftragter
4. Peter N., 28 Jahre, fünfjährige Betriebszugehörigkeit, Vater von Zwillingen, zurzeit in Elternzeit
5. Axel W., seit zehn Jahren Geschäftsführer der E. GmbH